hen falsche Antworten. In den Räumen des Steuerberaters bekommt der Prüfer die Informationen, die er haben möchte. Aber auch nicht mehr.

Wenn er erst einmal da ist, sollte man den Betriebsprüfer nicht unnötig warten lassen. Es ist sehr zu empfehlen, alle Unterlagen soweit beisammen zu haben, dass man sie auf Nachfrage unmittelbar aushändigen kann. Unter anderem sollten Kontoauszüge, aktuelle Verträge und Gehaltskonten vorliegen. Der Betriebsprüfer kann aber auch Unterlagen verlangen, die für steuererhebliche Tatsachen maßgeblich sind. Das kann zum Beispiel ein Briefwechsel wegen einer Mahnung sein.

Ein Einblicksrecht in private Unterlagen besteht im Regelfall nicht, zumindest dann nicht, wenn Privates und Geschäftliches streng auseinandergehalten wird. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ein separates Geschäftskonto besteht. Wenn allerdings keine strikte Trennung herrscht, steht ihm auch der Blick ins private Girokonto zu.

Es ist wichtig, dem Prüfer gegenüber freundlich aufzutreten. Negative Störungen sollten vermieden werden. „Innerhalb der Finanzbehörde sind die Betriebsprüfer meist diejenigen, die am meisten von der Praxis verstehen“, sagt Steuerberater Lange. Die Prüfer wissen, wie der Alltag funktioniert und haben für viele Umstände im Unternehmensalltag Verständnis. Doch wenn die Fronten erst einmal verhärtet sind, sich der Unternehmer gar beleidigend geäußert hat, kann es sein, dass der Besuch vom Finanzamt erst recht das Maximum herausholen möchte.

» Antworten
müssen ehrlich sein. Ein Recht, Auskunft zu verweigern, gibt es nicht

Der Betriebsprüfer verlangt auf alle Fragen eine ehrliche Antwort. Ein Auskunftsverweigerungsrecht gibt es nicht. Da die Antworten gegebenenfalls Konsequenzen nach sich ziehen, sollte man sich eine Frage noch einmal erklären lassen, wenn man sie nicht verstanden hat. Und bei komplizierten Fragen sollte man um kurze Bedenkzeit bitten, um sich mit dem Steuerberater abzusprechen. Man kann den Prüfer auch bitten, die einzelnen Feststellungen zu sammeln. Die offenen Fragen können dann in einem Mal abgearbeitet werden.

In der Schlussbesprechung hat man noch einmal die Möglichkeit, ein paar Punkte aufzugreifen, die vielleicht während der Prüfung untergegangen sind. Mit ein bisschen Verhandlungsgeschick und guter Vorbereitung lässt sich einiges erreichen. Denn der Betriebsprüfer hat einen gewissen Spielraum bei seinen Entscheidungen. Wenn es zum Beispiel zu aufwendig wäre, alle Tatsachen zu ermitteln, kann darüber verhandelt werden.

„Die Schlussbesprechung ist sehr wichtig. Man kann sie auch die orientalische Phase nennen. Da kann man verhandeln“, sagt Lange. Wenn es zum Beispiel darum geht, wie die Firmenwagen genutzt werden. Einer auch privat? Zwei? Oder alle vier? Da gibt es Einigungsmöglichkeiten. Es ist auch möglich, etwa bei der Frage der Firmenwagen dem Finanzamt gegenüber ein Zugeständnis zu machen, wofür dann aber wiederum das Arbeitszimmer voll anerkannt wird. Es ist ein wenig wie auf dem Basar.

Auch die Beamten würden gerne den Fall zeitnah abschließen wollen, sagt Lange. Ein Verfahren vor Gericht könne hingegen durchaus vier Jahre dauern. Und an dessen Ende würde eventuell wieder nur ein Vergleich stehen. Es liege also nahe, sich gütlich zu einigen. *Henning Zander*

Anzeige

Technologie Coaching Center
Ein Unternehmen der IBB

Subventioniertes Coaching und betriebswirtschaftliche Seminare für Berliner Existenzgründungen und bestehende Unternehmen.

Mehr Informationen unter www.tcc-berlin.de

Hausdurchsuchung ist nicht gleich Betriebsführung

■ Eine wichtige Begriffsklärung: Die Betriebsführung ist nicht zu verwechseln mit der **Hausdurchsuchung** durch Staatsanwalt und Steuerfahndung. Diese setzt auf den Schockeffekt, ist **unangekündigt** und muss nicht nur den Betrieb umfassen, sondern kann sich auch auf die private Wohnung erstrecken.

■ Alle Räume werden dabei **systematisch eingesehen**. Schränke, Aktentaschen und Ähnliches durchsucht. Diese Strategie setzt vor allem auf ein schnelles Geständnis.

■ Während bei der Betriebsprüfung der Unternehmer dazu verpflichtet ist, Auskunft zu erteilen, gehört es bei der Hausdurchsuchung der Steuerfahndung dazu, dass der Beschuldigte das **Recht** hat, seine **Aussage zu verweigern**. Ohnehin ist es ratsam, wenn die von einer Hausdurchsuchung betroffene Person so schnell wie möglich einen **Anwalt** informiert und hinzuzieht. Wer spontan alles zugebe und denke, er könne dadurch einen Vorteil erlangen, werde es hinterher bereuen, heißt es bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage. Sein Verteidiger verliere dadurch unter Umständen wertvolle Verteidigungsoptionen.

hez

Rechtsfrage

Jetzt noch investieren

Peter Fissenewert ist Anwalt in der Kanzlei Buse Heberer Fromm

Welche Auswirkungen wird das Sparpaket der Bundesregierung für mich beziehungsweise mein Unternehmen haben?

Das Sparpaket wird mit ersten Maßnahmen und einem Sparvolumen von 11,2 Milliarden Euro ab 1. Januar 2011 starten. Kleine und mittelständische Unternehmen können sich trotz der heftigen Reaktion eher beruhigt zurücklehnen. Da es nun keine Steuererhöhungen geben wird, sind sie so von den Inhalten des Sparpakets weitestgehend verschont worden. Die degressive Absetzung für Abnutzungen (AfA) wird wohl Ende 2010 auslaufen, sodass Investitionen auf das laufende Jahr vorgezogen werden sollten. Nur dann lässt sich zu Beginn die höhere degressive AfA noch verwenden. Sofern Ihr Betrieb in die bis Ende 2010 angehobenen Bilanzwerte fällt, besteht für 2010 noch Handlungsbedarf.

Durch die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken ist mit steigenden Strompreisen zu rechnen. Hier sind Sonderkündigungsrechte beim Anbieter zu überprüfen. Die Luftverkehrsabgabe wiederum wird Geschäftsreisen teurer machen.

Probleme wird die Bankenabgabe mit sich bringen. Hier ist nicht auszuschließen, dass die Banken diese neue Belastung durch höhere Gebühren und verschärfte Kreditbedingungen auf ihre Kunden umlegen. Achten Sie darauf, ob und in welchem Umfang sich künftig der Umgang mit der Hausbank ändert. Ein allzu schneller Wechsel sollte allerdings nicht vollzogen werden, denn die jahrelange Geschäftsbeziehung macht sich in der Praxis immer dann bezahlt, wenn es um die Kreditvergabe geht.